

Griff in die Geldbörsen der Studierenden rächt sich

Zum Bericht „Hochschulstandort Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Der Bericht zeigt, dass alle negativen Folgen, vor denen die Grünen bei der Einführung von Studiengebühren gewarnt haben, eingetroffen sind: Die Söhne und Töchter nicht-vermögender Eltern werden vom Studium abgeschreckt. Die Einnahmen werden für alles Mögliche ausgegeben, aber nicht für die Verbesserung der Lehre. Studiengebühren sind noch ein zusätzlicher Anreiz für die öffentliche Hand, an den Hochschulen zu sparen.

Wir haben Respekt vor den Studierenden, die den dornigen Weg der juristischen Auseinandersetzung für ihr Recht auf Bildung beschritten haben.

Die Länder und Hochschulen, die Studiengebühren eingeführt haben, sollen endlich zugeben, dass dies ein Fehlgriff war und wenigstens künftig die Finger von den Geldbörsen der Studierenden lassen.
